

Ausschuss für Inneres und Sport
(43. Sitzung am 7. Februar 2019)

Beratungsthemen:

Erster öffentlicher Sitzungsteil

1. Beschlussfassung über einen Antrag

- a) **auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts zur automatisierten Erfassung von Kennzeichen sowie**
- b) **auf Stellungnahme des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes**

Der Ausschuss verständigte sich einvernehmlich auf eine Unterrichtung durch die Landesregierung. Diese soll sich auf diejenigen Gesichtspunkte beziehen, die nicht bereits in der heutigen Sitzung (Tagesordnungspunkt 7) umfassend zur Sprache gekommen sind, insbesondere auf § 32 Abs. 5 Nds. SOG. Ferner bat er die Landesbeauftragte für den Datenschutz sowie den GBD um eine entsprechende Stellungnahme zu dem Thema. Die Befassung soll im Zuge der weiteren Beratung zur Polizeigesetznovelle erfolgen.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes

Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1839](#)

Der Ausschuss nahm eine Unterrichtung durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

3. Eingabe 00387/11/18

Der Petitionsausschuss hatte den Ausschuss um die Abgabe einer Stellungnahme gebeten. Der Ausschuss votierte mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU, der Grünen und der FDP gegen die Stimme der Fraktion der AfD dafür, die Eingabe der Landesregierung als Material zu überweisen.

Zweiter öffentlicher Sitzungsteil

4. Zeitgemäße Vorschriften: Tätowierungen für niedersächsische Polizeivollzugsbeamte zulassen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1992](#)

Die Regierungsfractionen kündigten an, einen Änderungsvorschlag zu dem Antrag zu formulieren. Der Ausschuss verständigte sich zum weiteren Verfahren darauf, die Beratung fortzuführen, sobald dieser Änderungsvorschlag vorliegt.

Vertraulicher Sitzungsteil

5. Fortsetzung der Unterrichtung zum aktuellen Sachstand der Verfahren gegen den ehemaligen Leiter der Polizeiinspektion Wolfsburg und den Polizeipräsidenten Braunschweig

Der Ausschuss setzte die Unterrichtung, die in der 16. Sitzung am 24. Mai 2018 begonnen wurde, fort.

6. **Unterrichtung über Hausdurchsuchungen in Niedersachsen im Zusammenhang mit einer deutschlandweit durchgeführten Razzia gegen mutmaßliche Mitglieder der kriminellen Vereinigung „National Socialist Knights of the Ku Klux Klan Deutschland“**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

Dritter öffentlicher Sitzungsteil

7. *(zusätzlicher Tagesordnungspunkt)*

Unterrichtung durch die Landesregierung zu Konsequenzen aus der Stellungnahme der Landesbeauftragten für den Datenschutz zum Thema „Section Control“ und Stellungnahme durch die LfD

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung und die Stellungnahme entgegen und führte darüber eine Aussprache.